

UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**

Nummer 6 · 28. Juni 2007 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

Erfolgreicher Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft



Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering (CDU), hat das Ergebnis des EU-Gipfeltreffens als wichtigen Schritt zur notwendigen Reform der Europäischen Union begrüßt. Es sei nach schweren Verhandlungen gelungen, eine Einigung zu erreichen und damit eine Krise in der Europäischen Union zu vermeiden. Er sprach der Präsidentin des Europäischen Rates, Bundeskanzlerin Angela Merkel, ohne die diese Einigung nicht möglich gewesen wäre, seinen Dank aus.

„Der erreichte Kompromiss ermöglicht notwendige Reformen für mehr Demokratie und

Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union. Auf dieser Grundlage wird der neue Vertrag das Europäische Parlament und damit die Demokratie in Europa entscheidend stärken. Die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte, die das Europäische Parlament immer als Kernelement des Verfassungsvertrages verteidigt hat, wird in dem neuen Vertrag verankert werden. Die wesentlichen Prinzipien, die das Europäische Parlament immer vertreten hat, werden mit der Vertragsreform verwirklicht. Der deutschen Ratspräsidentschaft ist es in einer äußerst schwierigen Situation

gelingen, einen Kompromiss zu erreichen. Die Europäische Union hat ihren politischen Willen deutlich gemacht, sich trotz aller Schwierigkeiten gemeinsam und entschlossen den Herausforderungen der Zukunft zu stellen,“ erklärte Hans-Gert Pöttering.

Als bedauerlich bezeichnete Hans-Gert Pöttering die – im Rahmen des Kompromisses aber unvermeidbare – Verzögerung der Abstimmung mit doppelter Mehrheit im Rat. Positiv wertete der Parlamentspräsident, dass das Europäische Parlament mit drei Vertretern an der Arbeit der Regierungskonferenz be-

teiligt sein wird und der Fahrplan für die Arbeiten der Regierungskonferenz die Ratifizierung des Vertrages vor den Europawahlen 2009 vorsieht.

Als positive politische Erfahrung der letzten Monate wertete Hans-Gert Pöttering, dass die Ratspräsidentschaft, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission für die gleichen Ziele in hervorragender Weise zusammengearbeitet haben, um ein positives Ergebnis zu erreichen.

Mehr zum Thema
lesen Sie unter:
<http://www.eu2007.de>

WEITER →

MARKUS FERBER:

Postrichtlinie: EP-Ausschuss billigt Kompromisspaket Vollständige Marktöffnung 2011

Im Ringen um die endgültige Abschaffung des Briefmonopols zeichnet sich eine Lösung ab. Der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments hat mit den Stimmen von EVP-ED, SPE und Liberalen ein Kompromisspaket verabschiedet. "Eine breite Mehrheit steht hinter dieser Einigung. Das sollte neuen Schwung für die Meinungsbildung im Rat bringen", sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Postrichtlinie, Markus Ferber (CSU).

Der Einigung zufolge soll das Briefmonopol spätestens am 31.12.2010 in der gesamten EU fallen. Solange dürfen die Mitgliedstaaten noch einen so genannten reservierten Bereich für nationale Post-



Markus Ferber MdEP

dienstleister aufrecht erhalten. Für die neuen EU-Mitgliedstaaten und solche mit einer extremen Rand- oder Insellage soll diese Frist um zwei Jahre verlängerbar sein. "Damit haben wir die Interessen aller Mitgliedstaaten an

Bord", sagte Ferber. Der Kompromiss sieht auch vor, dass in jedem EU-Land die Vorschriften des Tarif- und Arbeitsrechts eingehalten werden müssen.

Um bis zum Auslaufen der Übergangsfristen am 31.12.2012 Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollen Postdienstleister, die im eigenen Land noch im reservierten Bereich tätig sind, keine Zulassung in bereits vollständig geöffneten Märkten bekommen. „Für die Übergangszeit bis zu einer vollständigen EU-weiten Marktöffnung ist eine solche Regelung sinnvoll und auch europarechtlich haltbar“, sagte der CSU-Europaabgeordnete.

Zur Finanzierung der flächendeckenden Versorgung

(Universaldienst) können die Mitgliedstaaten einen Fonds einrichten, in den alle Postdienstleister einzahlen müssen. Alternativ können die Mehrkosten eines Universaldienstes durch staatliche Zuschüsse gedeckt werden. Der Europäischen Kommission soll die Konformitätsprüfung der jeweiligen nationalen Modelle unterliegen.

„Ich glaube, das ist eine realistische Linie, die auch im Rat eine Mehrheit finden könnte. Am Ende werden Dienstleister und Verbraucher von mehr Wettbewerb und innovativen Produkten im Briefmarkt profitieren“, sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Postrichtlinie. Das Plenarvotum ist für den Juli vorgesehen.

REIMER BÖGE:

Europäisches Parlament fordert öffentliche Finanzierung von Galileo

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat eine vom Haushaltsausschuss erarbeitete Resolution zur weiteren Finanzierung des EU-Satellitennavigationssystems Galileo mit klarer Mehrheit angenommen. Reimer Böge, Vorsitzender des EP-Haushaltsausschusses, begrüßte das Votum des Parlaments für eine öffentliche Finanzierung von Galileo aus EU-Mitteln anstelle einer zwischenstaatlichen Lösung, die eine weitere Mitsprache des Parlaments ausgeschlossen hätte. „Das Europäische Parlament hat damit deutlich gemacht, dass es die ursprünglich vorgesehene öffentlich-private Mischfinanzie-



Reimer Böge MdEP

rung für gescheitert hält. Der jüngste Beschluss des EU-Vereinsrats, öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten jetzt bevorzugt zu prüfen, ist ein weiteres Indiz dafür, dass

die vom Haushaltsausschuss eingeschlagene Richtung richtig ist“, sagte der CDU-Europaabgeordnete in Straßburg.

Böge wies jedoch darauf hin, dass die mit dem heutigen Parlamentsbeschluss verbundene Revision der finanziellen Vorausschau allerdings strikt auf das Ausnahmeprojekt Galileo beschränkt bleiben müsse: "Das Parlament ist aber bereit, eine auf Galileo begrenzte Revision vorzunehmen, weil es sich bei diesem herausragenden Technologievorhaben um ein Projekt mit zusätzlichem europäischem Mehrwert handelt". Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses wies zudem darauf hin,

dass die für Galileo bereits jetzt regulär vorgesehenen Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro in 2007 und 150 Millionen Euro in 2008 noch nicht freigegeben werden können, weil der Rat im Gegensatz zum Parlament die erste Lesung dazu noch nicht abgeschlossen hat. "Folglich sind die bereits in die finanzielle Vorausschau eingestellten Mittel in Höhe von einer Milliarde für Galileo derzeit blockiert", so Böge.

Lesen Sie weiter unter:
[http://www.cducsu.eu/
content/view/4011/32/](http://www.cducsu.eu/content/view/4011/32/)

WEITER →

HORST SCHNELLHARDT:

Europaparlament billigt neue EU-Spirituosenverordnung Kompromiss im Wodka-Streit und zum Jagertee

Für Produzenten und Konsumenten von Hochprozentigem brechen bald neue Zeiten an in Europa. Das Europäische Parlament hat die neue EU-Verordnung zu Spirituosen verabschiedet. "Wir haben künftig ein einheitliches Regelwerk und mit dem Flickenteppich nationaler Sonderbestimmungen ist Schluss", sagte der Berichtsersteller des Europäischen Parlaments, Horst Schnellhardt (CDU).



Horst Schnellhardt MdEP

allerdings auf dem Etikett ausgewiesen sein. "Alle Varianten werden als Wodka eingestuft. Das müssen wir schon aus Gründen des Welthandels tun. Alles andere wäre diskriminierend und die EU hätte sofort eine WTO-Klage am Hals", so der CDU-Europaabgeordnete. Aromatisierende Zusätze bei Bränden sind künftig verboten. "Die traditionellen Obstbrände von

hoher Qualität bleiben als etablierte Klassiker erhalten. Das sichert besonders den kleineren Brennereien in Deutschland eine Überlebenschance", sagte Schnellhardt.

Lesen Sie weiter unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4012/32/>

WEITER →

Die Abgeordneten billigten eine Einigung mit dem Rat. Bis zuletzt umstritten war die Definition von Wodka. Er darf neben den klassischen Grundstoffen Getreide und Kartoffeln auch weiterhin aus anderen landwirtschaftlichen Produkten wie etwa Weintrauben oder Zuckerrüben hergestellt werden. Letztere müssen dann

THOMAS MANN:

Europaparlament bürdet Betriebsrenten hohe Kosten auf Bärendienst an Arbeitnehmern

Das deutsche Betriebsrentensystem bekommt Gegenwind aus dem Europäischen Parlament. "Das Abstimmungsergebnis zur Übertragbarkeit ist ein schwerer Schlag für das deutsche Betriebsrentensystem. Eine Mehrheit des Parlaments hat den Arbeitnehmern in Deutschland einen Bärendienst erwiesen", sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe, Thomas Mann.

"Das eigentliche Ziel der Richtlinie, die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, wurde verfehlt. Die Regelung zur

Übertragung von Betriebsrentenansprüchen hat nur noch empfehlenden Charakter für die Mitgliedstaaten. Daher hatte ich immer wieder geraten, die Richtlinie gänzlich zu verwerfen, da sie überflüssig geworden ist", so der CDU-Europaabgeordnete. Im EU-Durchschnitt kommen nur 10 Prozent aller Arbeitnehmer in den Genuss eines Betriebsrentensystems.

Lesen Sie weiter unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4013/32/>

WEITER →

■ EP billigt Aufnahme Maltas und Zyperns in die Eurozone

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat in Straßburg mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme Maltas und Zyperns in die Eurozone zum 1. Januar 2008 gestimmt. Das Plenum verabschiedete gleichzeitig eine Resolution, in der eine bessere inhaltliche und zeitliche Beteiligung des Parlaments an zukünftigen Aufnahmeverfahren in die Eurozone als bisher gefordert wird. Dies soll über den Abschluss einer interinstitutionellen Vereinbarung mit Kommission und Rat bis Ende 2007 sichergestellt werden.

"Mit diesem eindeutigen Votum hat das Parlament deutlich gemacht, dass Malta und Zypern in allen relevanten Bereichen wie bei der Inflationsrate, der Währungsstabilität und beim Schuldenabbau auf Konvergenzkurs in Richtung Euro sind. Damit ist sichergestellt, dass die Erfolgsgeschichte des Euro als stabiler Weltwährung neben dem Dollar fortgeschrieben werden kann", erklärten der zuständige Parlamentsberichtsersteller, **Werner Langen** (CDU), und der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, **Alexander Radwan** (CSU), nach der Abstimmung.

■ Europaparlament will einheitliches Asylverfahren

Die Asylverfahren in der Europäischen Union sollen künftig vereinheitlicht werden. Das Europäische Parlament forderte die Europäische Kommission auf, ein standardisiertes Prozedere zu erarbeiten. "Europa ist eine Wertegemeinschaft, deshalb hat das Asylrecht einen hohen Stellenwert. Bei offenen Binnengrenzen müssen wir mittelfristig zu einem einheitlichen Asylverfahren kommen. Dazu gibt es keine Alternative", sagte der innenpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, **Manfred Weber** (CSU). Die Abgeordneten verlangen eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und eine effiziente Rückführung von Personen, die keinen Flüchtlingsstatus erhalten haben. "Wenn wir den wirklich politisch verfolgten Menschen Aufnahme bieten wollen, muss bei abgewiesenen Anträgen auch konsequent gehandelt werden. Sonst macht sich Europa unglaublich und weckt falsche Hoffnungen", so der Unions-Innenpolitiker.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu> und
<http://www.evp-ed.eu>

WEITER →

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.